

Maßnahmen gegen Schulleiter*innenmangel in NRW

Pläne der Landesregierung sind nicht der große Wurf

Die GEW NRW begrüßt den Ansatz der Landesregierung, zur Gewinnung von Schulleitungspersonal die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Fokus zu stellen. Insbesondere Frauen sollen Schulleitungsaufgaben auch in Teilzeit übernehmen können. Der Umfang der Maßnahmen, die NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer am 5. April 2018 vorstellte, erweist sich aus Sicht der Bildungsgewerkschaft als enttäuschend.

„Das ist nicht der große Wurf. Zwar entspricht der Ansatz unserer langjährigen Forderung, Führungspositionen in Teilzeit zu ermöglichen. Maximal fünf Grundschulen dafür auszuwählen, ist angesichts von Hunderten nicht besetzten Schulleitungsstellen aber viel zu zaghaft und verdient kaum den Titel ‚Modellprojekt‘“, erklärte die Vorsitzende der GEW NRW Dorothea Schäfer.

Bezüglich des Ausbaus der Schulverwaltungsassistenzen erwarte die GEW NRW für den kommenden Landeshaushalt klare Stellenzusagen. CDU und FDP hatten immerhin 3.000 Schulverwaltungsassistent*innen gefordert, als sie noch in der Opposition waren. Unklar blieb jedoch, ob dafür zusätzliches Personal eingestellt werden sollte.

Dorothea Schäfer sagte abschließend: „Mit dem Einsatz von Schulverwaltungsassistent*innen – als zusätzliches Personal ohne Anrechnung auf Lehrer*innenstellen – könnten viele Verwaltungsaufgaben delegiert werden und Schulleitungen sich mehr um ihr Kerngeschäft Schulentwicklung kümmern.“

Berthold Paschert | Pressesprecher
berthold.paschert@gew-nrw.de | +49 1707319970

Essen, 5. April 2018
www.gew-nrw.de/presse